



Martin Wagner, Vorsitzender

## Auf ein Wort

Schule im Umbruch

Sehr geehrte Kolleginnen  
und Kollegen,  
liebe Mitglieder,

zehn Jahre ist es her, dass ein Brandbrief aus der Rütli-Schule an die Öffentlichkeit gelangte. Von unhaltbaren Zuständen war die Rede, offener Gewalt und mit Drogen dealenden Jugendlichen. Zehn Jahre später zeigt sich ein völlig verändertes Bild.

Die Rütli-Hauptschule ist mit der Heinrich-Heine-Realschule und der Franz-Schubert-Grundschule 2009 zu einer Gemeinschaftsschule zusammengelgt und nun zum „Campus Rütli“ zusammengewachsen, auch eine gymnasiale Oberstufe wurde aufgebaut. Vor dem Campus steht der Wachschatz, die Jugendlichen sind freundlich zueinander und das Schulgelände ist saniert. Im Rahmen eines Staatsexamens konnte ich mich im letzten Jahr vor Ort selbst davon überzeugen.

Ist nun alles besser geworden in der Berliner Schullandschaft? Das sicher nicht, doch gibt es mittlerweile viele Erfolgsgeschichten, die Mut machen und zeigen, dass ein „Turn around“ geschafft werden kann.

In dieser Ausgabe berichten wir über die Diskussionsveranstaltung des IBS zum Thema „Flüchtlinge in Berlin willkommen heißen: Eine herausfordernde Aufgabe für die Schulen“ mit Abteilungsleiter

Siegfried Arnz, von dem wir uns in diesem Heft auch verabschieden, weil er in den Ruhestand geht. Seine zentrale Botschaft heißt: Jede Schule muss ihren eigenen Weg finden, die Herausforderungen vor Ort zu meistern und ein eigenes Integrationskonzept zu entwickeln.

Wie anspruchsvoll diese Aufgabe ist, zeigt sich auch in den Überlegungen zur „Gewinnung von Lehrkräften für die Grundschule“, wie ein Schreiben aus der Senatsschulverwaltung heißt, das jüngst an die Schulen geschickt wurde und für die Abordnung von Lehrkräften wirbt.

Der IBS hat dieses Schreiben zur Grundlage für einen offenen Brief an die Senatorin genutzt, in dem unsere Vorstellungen und Forderungen in diesem Bereich klar benannt sind. Ein weiterer Artikel befasst sich mit der Frage, wie wir die Grundschulen effektiv in dieser schwierigen Situation unterstützen können.

Die ins Bild gesetzte „Werbekampagne“ ist als Beitrag des IBS zu verstehen, der zeigen soll, dass man gerade jetzt Ideen entwickeln und Spielräume nutzen kann und muss.

Einen schönen Frühling wünscht Ihnen

Martin Wagner  
Vorsitzender

## Flüchtlinge in Berlin willkommen heißen: Eine herausfordernde Aufgabe für die Schulen

Informations- und Diskussionsveranstaltung des IBS mit dem Leiter der Abteilung I, Siegfried Arnz

Zu Beginn seiner Ausführungen sprach Herr Arnz allen mit der Beschulung von Flüchtlingen befassten Lehrkräften und Schulleitungen seine Anerkennung aus für das „hohe Engagement“ bei dieser „riesigen Aufgabe“. Nicht, wer bleibt oder wer gehen müsse, sei jetzt die Hauptfrage, sondern, wie die Integration am besten gelingen könne. Herr Arnz führte weiter aus, dass die Beschulung so schnell wie möglich einsetzen müsse, unabhängig von Status und Unterkunft.

Wie den Praxisinformationen der Schulsenatorin zu entnehmen ist, lernten im Februar 2016 rund 8.500 Kinder und Jugendliche in ca. 720 Willkommensklassen, das entspricht einer durchschnitt-



Abteilungsleiter Arnz: „Nicht, wer bleibt oder wer gehen muss, ist jetzt die Hauptfrage, sondern, wie die Integration am besten gelingen kann.“

lichen Frequenz von knapp 12 Schülerinnen und Schülern. Herr Arnz machte deutlich, dass dieser Durchschnitt deutlich unter der durchschnittlichen Lerngruppengröße in den anderen Bundesländer liegt, auch wenn in manchen Willkommensklassen in Berlin bis zu 18 Teilnehmer beschult werden. Weiter führte Herr Arnz aus, dass in der Schulanfangsphase die Aufnahme immer in Regelklassen erfolgt. Die Verweildauer in den Willkommensklassen soll so kurz wie möglich sein, sie liegt derzeit bei fünf bis zwölf Monaten. Bei mehreren Willkommensklassen an einer Schule sei die Möglichkeit der Differenzierung gegeben. Beim Übergang in Regelklassen sei ggf. begleitende Förderung in temporären Lerngruppen erforderlich. Auch andere Konzepte als der Übergang in Regelklassen könnten erfolgreich sein. Besondere Herausforderungen stellten sich zurzeit in den Oberschulen, wo kein Raum mehr vorhanden sei. Die Reserven an Räumen für Willkommensklassen würden bis zu den Osterferien reichen, dann hoffe man, dass durch Übergänge in Regelklassen eine Entlastung stattfinde. Für die beruflichen Schulen seien besondere Wege erforderlich.

Der IBS machte an dieser Stelle deutlich, dass gerade die duale Ausbildung eine Chance für viele Flüchtlinge darstellt, die handwerkliche Fähigkeiten und Erfahrungen mitbringen, diese jedoch nicht durch eine Qualifikation im Heimatland nachweisen können.

## Raumnot an den Schulen

Herr Arnz stellte dar, dass für die Unterbringung von ca. 10.000 Flüchtlingen die Nutzung von derzeit 60 Turnhallen nicht zu umgehen gewesen sei. Man sei bemüht, die Turnhallen sukzessive zu räumen, obwohl die Flüchtlinge anschließend wiederum in Notunterkünften untergebracht werden müssten. Herr Arnz ermutigte die Schulen, eigene Wege zu finden und eigene Integrationskonzepte zu entwickeln. Die Schulverwaltung werde keine „Alleingänge“ machen, sondern sei an einer „partizipativen Entwicklung von



Lösungen“ interessiert. Dem dienen der Dialog mit den Vertretern der Schulleiterverbände und natürlich auch der Dialog mit den Schulen selbst.

In der anschließenden Diskussion stand zunächst das Problem fehlender Räume im Vordergrund. Mehrfach wurde genannt, in den Regelklassen sei kein Platz mehr für Übergänger aus den Willkommensklassen. In Pankow sei die Situation besonders dramatisch, dort sei die Zahl der Schüler um 16% gewachsen, an den Gymnasien müssten Klassen mit einer Frequenz von über 32 eingerichtet werden. Herr Arnz erklärte dazu, zu hohe Frequenzen müssten auf regionaler Ebene ausgeglichen werden. Mobile Ergänzungsbauten seien notwendig, aber auch neue Schulbauten. Schon seit einem halben Jahr werde von der Schulverwaltung mit Nachdruck nach neuen Schulstandorten gesucht. Gegenwärtig müsse man aber auch über Schichtunterricht am Nachmittag oder, an den beruflichen Schulen, sogar über Unterricht am Abend oder am Sonnabend nachdenken. Die Errichtung neuer Schulen dauere in Berlin erfahrungsgemäß 5-8 Jahre. In Hamburg sei eine zentrale Behörde für Schulbauten zuständig und der Zeitaufwand erheblich geringer. Staatssekretär Rackles habe sich kürzlich bei einem Besuch in Hamburg darüber informiert, um in Berlin Änderungen anzuregen.

Der „Landesbetrieb Schulbau“, der sich in Hamburg zentral um die Planung und Sanierung der Schulgebäude kümmert, zeigt, dass Baumaßnahmen durch effektive Planung und straffe Organisation in der halben Bauzeit zu realisieren sind. In Berlin wäre allerdings eine Verfassungsänderung notwendig, um ein vergleichbares Modell umzusetzen, weil die Bezirke hier erheblich eigenständiger sind als in Hamburg.

Außer den Raumproblemen, so wurde von den Diskussionspartnern dargestellt, gefährdeten insgesamt die veränderten Bedingungen anerkannte pädagogische Konzepte der Schulen. Ganztageseinrichtungen würden erheblich behindert oder müssten eingestellt werden. Übergänger aus Willkommensklassen würden trotz fehlender Sprachkenntnisse in die Regelklassen versetzt und dort die ohnehin große Zahl problematischer Schüler vergrößern. Die wachsende Belastung der Lehrkräfte würde sich in häufigen Erkrankungen und Fehlzeiten dokumentieren. Fehlende Fremdsprachenkenntnisse stellten sich als Problem bei Schulabschlüssen und beim Übergang in die Oberstufe dar. Zur Erleichterung wurde die Anerkennung auch anderer Sprachen vorgeschlagen, jedoch wurde vor einem Verzicht auf Englisch als Fremdsprache gewarnt. Die Arbeitsstunden der Schulsekretärinnen müssten dem gestiegenen Arbeitsanfall angepasst und der Einsatz von Verwaltungsleitern ausgeweitet werden, wurde gefordert. Begrüßt wurde die geplante Verdoppelung der Zahl der Verwaltungsleiterstellen von 24 auf 48.

Der IBS fordert die weitere Aufstockung der Verwaltungsleitungen, damit jede Schule entsprechend ihrer organisatorischen Aufgaben mit einer Verwaltungsleitung besetzt werden kann.

Kritisiert wurde die Nichtzulassung zum Quereinstieg von Bewerbern, die kein Mangelfach studiert haben. Herr Arnz stellte in Aussicht, dass in dieser Frage ein Weg gefunden werden könnte. Weniger Aussichten gab er der zum wiederholten Male geäußerten

Forderung, LuK-Erzieher als Lehrkräfte in der Schulanfangsphase einzusetzen zu können. Der IBS setzt sich dafür ein, den betroffenen Pädagogen ein Zusatzstudium anzubieten.

## Literaturtipps für den Unterricht:

Was geht? Das Heft zu Flucht und Asyl

In der Unterrichtsreihe „Was geht?“ der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist eine neue Ausgabe zum Thema Flucht und Asyl erschienen. In dem kostenlosen Heft werden aktuelle Debatten und Fragestellungen leicht verständlich für den Schulunterricht und die außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen aufbereitet.

### Flüchtlinge

Dem Thema Flüchtlinge widmet sich die Ausgabe 109 der Themenblätter im Unterricht, die für die Arbeit in der weiterführenden Schule konzipiert wurde.

Eine Liste sämtlicher Ausgaben finden Sie im Internet.

Jede Themenblätter-Ausgabe kann dort kostenlos heruntergeladen werden: [www.bpb.de/themenblaetter](http://www.bpb.de/themenblaetter)

## Der „Vater der Schulstrukturreform“ geht in den Ruhestand

Siegfried Arnz begann seine Tätigkeit als Grund-, Gesamt- und Hauptschullehrer vor vierzig Jahren. Im Jahr 1994 übernahm er für etwa zehn Jahre das Amt des Schulleiters an der Werner-Stephan-Hauptschule, die zuvor als eine der verrufensten Hauptschulen Berlins galt. Wie der „Turn around“ möglich wurde, verdeutlichte er in der ZEIT: Auch unter „oft brutalen Bedingungen ist es möglich, an Hauptschulen für ein positives Klima zu sorgen. Es kommt nur darauf an, Vertrauen zu erzeugen, Verantwortung zu übernehmen und eine Gemeinschaft zu schaffen“. (Die ZEIT, Nr. 15, 6. April 2006)

Seit 2004 war Herr Arnz an mehreren zukunftsweisenden Projekten beteiligt, so zum Beispiel am „Modellvorhaben Eigenverantwortliche Schule“ und an der Projektgruppe „Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung“. 2006 wechselte er in die Schulaufsicht und übernahm ein Jahr später die Leitung für das Pilotprojekt Gemeinschaftsschule.

Mit seinem Namen ist ganz wesentlich die erfolgreiche Umsetzung der Schulstrukturreform verbunden, die im Jahr 2010 das mehrgliedrige Berliner Schulsystems auf die beiden Schulformen Sekundarschule und Gymnasium umstellte. Im Jahr 2012 übernahm Herr Arnz dann als Leiter die Abteilung I in der Senatsschulverwaltung.



Abteilungsleiter Siegfried Arnz

Der IBS bedankt sich bei Herrn Arnz für die stets konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

# Gewinnung von Lehrkräften für die Grundschule

Ein Brief aus der Senatsverwaltung zeigt Wirkung

Zum Schulhalbjahr hat Berlin rund 1.000 Lehrkräfte eingestellt, davon knapp 350 an den Grundschulen. Schon jetzt wird jede vierte Neueinstellung im Grundschulbereich durch einen Quereinsteiger besetzt. Nach den Sommerferien werden weitere 650 Lehrkräfte allein an den Grundschulen gebraucht, aber die Bewerberlage ist dramatisch. In diesem Jahr werden die neu eingestellten Studienräte und Quereinsteiger, die bereit sind, an einer Grundschule zu arbeiten, nicht ausreichen, um den Bedarf auch nur annähernd zu decken.

Aus diesem Grund schrieb die Senatsverwaltung im Januar einen Brief, in dem sie die Schulen direkt um Hilfe und Unterstützung bat, „um die personelle Ausstattung der Grundschulen im kommenden Schuljahr sicherzustellen“.

Als Lösungen wurden folgende Ideen entwickelt:

- Lehrkräfte aus der Lehrerlaufbahn und aus der Studienratslaufbahn sollen für die Umsetzung an Grundschulen gewonnen werden.
- Kooperationen zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen sollen geschlossen bzw. gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden. So könnte zum Beispiel eine Lehrkraft aus der Oberschule für zwei Jahre eine Grundschulklasse ab dem 5. Jahrgang unterrichten, um danach Klassenlehrer einer neuen 7. Klasse zu werden, in die einige Schülerinnen und Schüler der Grundschulklasse übergehen.
- Für jede abgeordnete Oberschul-Lehrkraft mit voller Stelle bekommt die Grundschule (nicht die Lehrkraft) zwei Wochenstunden zur Begleitung und Betreuung für ein Schuljahr angerechnet.
- Es sind auch Teilabordnungen möglich, die zwar organisatorisch aufwändig, aber durchaus erfolgversprechend sein können.
- Die regionale Fortbildung bietet Fortbildungen (auch schulintern) für alle Lehrkräfte an, die neu an der Grundschule arbeiten.

Sowohl in den Grundschulen als auch in den Oberschulen gibt es große Vorbehalte und Bedenken bei der Umsetzung dieser Vor-

schläge. Um konsensfähige Lösungen zu finden, wird hier noch viel Überzeugungsarbeit notwendig sein, wenn die Abordnungen in nennenswerter Zahl erfolgen sollen. Unbedingt sollte dabei das Prinzip der Freiwilligkeit eingehalten werden. Das Senatsmodell lässt sich sicher noch modifizieren. Tragfähige Lösungen müssen jedoch immer die besonderen Rahmenbedingungen vor Ort und die Interessen beider kooperierenden Schulen berücksichtigen.

Wie Sie wissen, hat der IBS in einem Brief an die Senatorin, nachzulesen unter [www.ibs-verband.de](http://www.ibs-verband.de), auf diese Vorschläge reagiert und das Für und Wider abgewogen.

Nun gibt es weitere Vorschläge aus der Senatsverwaltung zur Entschärfung der angespannten Personalsituation:

- Lehrkräfte (und Schulleitungen), die in den Ruhestand gehen oder in den letzten drei Jahren in den Ruhestand gegangen sind, sollen freiwillig und zu finanziell attraktiven Bedingungen mit einer flexibel vereinbarten Stundenzahl weiter in der Schule tätig sein.
- Teilzeitlehrkräfte sollen zum neuen Schuljahr freiwillig ihre Stundenzahl erhöhen.

Diese Vorschläge sind Erfolg versprechende weitere Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung des Lehrkräftemangels an den Grundschulen zum Sommer 2016.

Ein weiterer Vorschlag könnte sich als Erfolgsmodell für den Sommer 2016 herausstellen, nämlich die Anwerbung von Deutsch sprechenden Grundschul-Lehrkräften aus benachbarten Ländern. So verdient beispielsweise ein Volksschullehrer (Vollzeit/unbefristet) in Österreich ca. 2.200 Euro, als Grundschul-lehrer in Berlin aber ca. 4.300 Euro. Mit der entsprechenden Werbung könnten voraussichtlich viele bislang arbeitslose Volksschullehrkräfte für den (vielleicht

auch temporären) Einsatz an einer Grundschule in Berlin gewonnen werden. Wie diese Werbekampagne aussehen könnte, zeigen wir in den beiden Schaubildern.

